

**Antrag**

öffentlich

Datum

05.06.2023

Nummer

AG/35/23

Absender

**Kreistagsbüro**

Adressat

Vorsitzender des Kreistages

Gremium

Sitzungstermin

Kreistag

27.09.2023

Kurztitel

Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert - Resolution zur aktuellen  
Flüchtlingslage

**Beschlussvorschlag laut Antrag:**

Der Kreistag stellt fest, dass die anhaltende Aufnahme von Asylbewerbern und die daraus resultierenden Pflichten, eine auf Dauer nicht zu bewältigende Aufgabe darstellen. Sie bedeutet eine unverhältnismäßige Belastung sowohl für den Haushalt, vor allem aber für den sozialen Frieden in unseren Gemeinden. Als Folge erklärt der Landkreis seine Aufnahmekapazitäten für erschöpft.

1. Der Kreistag möge zum beschließen, Flüchtlinge, die dem Kreis vom Land zugewiesen worden sind, unverzüglich in die Erstaufnahmeeinrichtungen zurückzuführen. Sollte dies nicht möglich sein, ist eine Unterbringung in Zelten auf kommunalen Grundstücken einzurichten.
2. Der Landrat wird aufgefordert zu prüfen, in welchem Umfang der Kreis befähigt ist, Geldleistungen durch Sachleistungen zu ersetzen und diese Möglichkeiten sofort und vollumfänglich auszuschöpfen.
3. Der Landrat wird aufgerufen, bei den zuständigen Stellen eine drastische Reduzierung der Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge zu fordern sowie sich ebenda für eine zeitnahe Abschiebung Ausreisepflichtiger einzusetzen.
4. Der Landrat wird zudem aufgefordert zu prüfen, welche über die rechtlichen Pflichten hinausgehende Integrationsprogramme und -leistungen durch den Kreis bestehen. Die Ergebnisse sind dem Kreistag zur weiteren Befassung vorzulegen.
5. Der Landrat soll alle verfassungsgemäßen, insbesondere juristischen, Mittel prüfen, mit denen der Kreis in einer besonderen Belastungssituation wie der aktuellen gegen die Weisungen von Landes- und Bundesebene vorgehen kann.

Der Kreistag ist regelmäßig über die Ergebnisse zu informieren.

## Begründung:

Der anhaltende Flüchtlingsstrom, nicht nur aus der Ukraine, sondern vor allem auch aus dem außereuropäischen Ausland, stellt unsere Gesellschaft vor gravierende Probleme. Um eine akute Überlastung der Behörden zu vermeiden, muss dringend gehandelt werden. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten muss der Landkreis alles in seiner Macht stehende unternehmen, um die bereits bestehende Belastung abzumildern und weitere zu vermeiden.

Neben den kurzfristigen Problemen von Unterbringung bis hin zur öffentlichen Sicherheit sehen wir uns auch mit langfristigen Problemen konfrontiert. Diese betreffen alle Mitglieder unserer Gesellschaft, vor allem aber auch die zukünftigen Generationen, etwa indem wir Bildung erschweren oder notwendige soziale und infrastrukturelle Projekte nicht umsetzen können, weil die Mittel und Verwaltungskapazitäten anderweitig gebunden sind.